

Über den Prozess zur Aufstellung des neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ist bereits öfter im Rat bzw. im Fachausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt berichtet worden. In diesen Mitteilungen ist die Verwaltung auch darauf eingegangen, dass sich der Aufstellungsprozess gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung verzögert hat und welche Gründe dafür zu Grunde liegen. Laut Aussage der Bezirksregierung wird das Aufstellungsverfahren im Jahr 2019 deutliche Fortschritte machen und im Vergleich zum vergangenen Jahr wieder ein intensiverer Austausch mit den beteiligten Akteuren stattfinden. Ziel der Bezirksregierung ist es, noch vor der Neukonstellation des Regionalrates das informelle Verfahren abzuschließen. Ein Überblick über den Planungsprozess und die nächsten Schritte sind in einem Schaubild in der Anlage 2 dieser Vorlage dargestellt. Die Kommunalgespräche mit den 99 betroffenen Kommunen konnten im Frühjahr 2018 abgeschlossen werden, so dass die Bezirksregierung nun noch an der Auswertung der daraus resultierenden Ergebnisse arbeitet. Laut Aussage der Bezirksregierung hat dieser Verfahrensschritt gute Einblicke in die Situation und Erwartung der Kommunen für den neuen Regionalplan bis zum Jahr 2040 geliefert. Gemeinsam mit den vorgelegten und in Erstellung befindlichen Fachbeiträgen böten diese Informationen eine gute Grundlage für die nun eingeleitete Phase der Entwicklung erster Planvorstellungen. Die Bilanzierung der Siedlungsflächenbedarfe, sowie erste Planskizzen sollen Anfang des kommenden Jahres an die jeweiligen Kommunen übermittelt werden. Parallel wird bereits weiter an den Fachbeiträgen gearbeitet, welche ebenfalls im Jahr 2019 kommuniziert und rückgekoppelt werden sollen. Außerdem werden die Kommunen auf den Themenkonferenzen die Möglichkeit haben, sich in die einzelnen Themenfeldern einzubringen.

Die Verwaltung wird, wie auch bereits in der Vergangenheit geschehen, weiterhin den Rat bzw. den Fachausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt über den Prozess der Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln berichten, sobald neue Informationen vorliegen. Dies wird sicherlich zeitnah der Fall sein. Sie ist ohnehin im Austausch mit der Bezirksregierung und wird entsprechend unabhängig von den im Antrag formulierten 6 Monats-Fristen Rücksprachen halten. Ein Beschluss, wie im Antrag formuliert ist daher nicht nötig.